

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Die USA nach 4 Jahren Trump

America First, America Alone
Republikaner im Niedergang
Demokraten radikalisiert
COVID-19 und die Weltmacht

WeltBlick

Krieg im Kaukasus

Analyse

Zukunft nuklearer Teilhabe

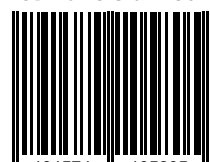
Forum

China in der Welt kontrovers

Kommentar

Rassismus in den USA

ISSN 0944-8101 | 5,80 €
ISBN 978-3-947802-42-5



4 191574 105805

AMER
CONS

Schon lange vor Trump

Zum Niedergang der Republikanischen Partei

Klaus Larres

Die ehrwürdige, 1854 gegründete Republikanische Partei der USA ist zur Partei Donald Trumps geworden. Spätestens seit dem Parteitag Ende August 2020 wurde selbst dem optimistischsten Beobachter klar, dass die *Grand Old Party* ihre stolze Vergangenheit und eigene Identität aufgegeben hat. Sie hat sich zum Wahlverein Donald Trumps degradieren lassen. Statt ein Programm zur Wiederwahl zu präsentieren, begnügten sich fast alle Redner damit, den simplen, aber erfolgreichen Slogan vom Wahlkampf von vor vier Jahren zu wiederholen. Vizepräsident Pence machte es besonders deutlich: „Make America great again – again.“

Auf der Strecke blieb, was das Trump-Pence-Team mit weiteren vier Jahren Regierungszeit anfangen will. Abgesehen von plakativen Äußerungen legten weder Trump noch einer der vielen anderen Redner dar, was die Republikaner bei einem Wahlsieg an innen- und außenpolitischen Plänen verwirklichen wollen. Der Parteitag ähnelte einer Kulturveranstaltung. Es ging darum, Trump in überhöhten und barmherzigen Zügen zu zeichnen. Dazu trugen auch die Familienangehörigen Trumps bei, die ihn auf dem Parteitag bejubelten. Andere Jünger verhielten sich ähnlich anhimmelnd, so die republikanischen Gouverneure einiger Bundesstaaten, der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, oder loyale Mitstreiter des Präsidenten wie New Yorks ehemaliger Bürgermeister Rudy Giuliani. Mit Blick auf die jüdischen Wähler meldete sich Außenminister Pompeo per Satellit vom Dach eines Hotels in Jerusalem – ungeachtet der Konvention, dass Mitarbeiter des State Departments aus Neutralitätsgründen nicht an Parteitagen teilnehmen sollen. Wenig überraschend nahm Trump die Nominierung als Präsidentschaftskandidat an.

Unter Trump ist von der Unabhängigkeit und der früher oftmals kritischen Haltung der Partei gegenüber dem eigenen Präsidenten nicht viel übrig geblieben. Während der letzten vier Jahre waren dafür zwei Gründe ausschlaggebend:

Die Machtfülle des Präsidenten und die gleichzeitig von Trump geschickt ausgenutzte Möglichkeit, enorme Summen an Parteispenden einzusammeln, spielten eine hervorragende Rolle. So konnte er ihm genehme Kandidaten in einzelnen Staaten und wichtigen Städten politisch und finanziell belohnen, wenn sie sich kritiklos auf den vorgegebenen *America First*-Kurs einließen.

In Mitch McConnell fand Trump einen willigen Mitstreiter, der es dem Präsidenten aus eigenen, machtorientierten Gründen ermöglichte, sich auf einen lammfrommen Senat verlassen zu können. Ohne die geschickt dirigierte Senatsmehrheit der Republikaner wären die meisten von Trump betriebenen Gesetzesvorhaben wie die große Steuerreform von 2017, die zu 80 Prozent den Wohlhabenden des Landes zugutekam, nicht zu verwirklichen gewesen. Unter den 100 Senatoren haben die Republikaner eine Mehrheit von 53. Aber auch Trumps *Executive Orders*, die die Einwanderungs- und Asylpolitik drastisch veränderten, wären ohne die Haltung des Senats und der republikanischen Minderheit im Repräsentantenhaus kaum aufrechtzuerhalten gewesen.

Die radikale Umgestaltung der Republikanischen Partei ist nicht nur auf Trump, McConnell und die Besetzung der wichtigsten Parteiämter durch Trump-Loyalisten zurückzuführen. Seit den 1990er Jahren hat sie sich in eine sozialpolitisch immer konservativere, aber auch rechtsradikalere Richtung bewegt. Sie steht heute nicht wie einst christdemokratischen Parteien wie der CDU/CSU nahe, sondern gleicht vielmehr rechtsradikalen Parteien, die die Politik in Polen und Ungarn bestimmen. Der überhöhte und völlig aus dem Ruder laufende Nationalismus der Republikanischen Partei ähnelt mehr den aus der AfD und dem extremen Brexit-Flügel von Boris Johnsons Tory-Partei in Großbritannien kommenden Tönen. Von dem relativ moderaten Konservatismus der Republikanischen Partei der Nachkriegszeit ist kaum etwas übrig.

In der Republikanischen Partei sind starke autoritäre Tendenzen nicht zu übersehen. Dazu gehört eine weit verbreitete, äußerst großzügige Interpretation der in der Verfassung verankerten allumfassenden Befugnisse des Präsidenten und der Exekutive. Die Partei, die einst den Freihandel befürwortete und die USA als Land der Freiheit und Hort der Einwanderung politisch Verfolgter darstellte, hat sich in eine fremdenfeindliche Institution verwandelt. Wirtschaftlicher Protektionismus und politische Abschottung von der Welt wurden populäre Themen. Die einst betonte kluge Haushaltsführung und finanzielle Zurückhaltung des Staates ist



Radikal und kompromisslos: Die Vorsitzende des Nationalkomitees der Republikaner Ronna McDaniel

dem genauen Gegenteil gewichen. Unter Trump sind die Schulden des Staates so hoch wie noch nie, und dies bereits vor der Coronakrise! Gleichzeitig gibt es kaum noch jemanden in der Bundespartei, der nicht sozialpolitisch erzkonservative Positionen bezieht, so die Ablehnung jedweder Abtreibung oder die Überzeugung, dass eine strikte Trennung von Staat und Religion wenig Sinn hat. Der Einfluss der Waffenlobby und einiger superreicher Spenderfamilien haben weiter zugenommen.

Unter den republikanischen Senatoren gibt es kaum mehr moderate Politiker. Die Generation republikanischer Abgeordneter, die noch in den 1980er und 1990er Jahren willens war, mit demokratischen Kollegen schwierige, aber pragmatische Kompromisse auszuhandeln, ist ausgeschieden. Stattdessen wird die Republikanische Partei im Kongress und in den 50 Einzelstaaten von kompromissunwilligen Politikern wie Ted Cruz, Marco Rubio und Lindsey Graham mit extremen innen- und außenpolitischen Positionen dominiert. Diese Entwicklungen wurden nicht erst durch Donald Trump hervorgerufen. Bereits 2016 hatte sich die Republikanische Partei so sehr dem nationalistisch-rechtskonservativen Zeitgeist angepasst, dass Trump sich als Repräsentant dieser Richtung durchsetzen konnte und es ihm ein Leichtes war, andere konservative, aber weniger radikale Politiker wie etwa Jeb Bush beiseite zu schieben.

Die allmähliche Radikalisierung

Die Rechtswendung der Republikanischen Partei begann mit der Nominierung des vehement antikommunistischen Barry Goldwater als Präsidentschaftskandidat 1964. Goldwater lehnte fast alle sozialpolitischen Reformen ab und war überzeugt, dass der Staat sich aus den meisten Bereichen heraushalten sollte, um die Freiheit des Einzelnen nicht zu beeinträchtigen. Dank seiner Niederlage gegen Lyndon Johnson konnten sich Goldwaters Vorstellungen nicht durchsetzen. Der Wahlsieg Nixons 1968 führte ebenfalls nicht zu einer radikalen Umgestaltung der Innenpolitik. Nixon und Kissinger konzentrierten sich auf die Außenpolitik; innenpolitisch zeigte sich Nixon relativ moderat. Zuweilen wies er einige progressive Tendenzen auf. So lag ihm am Umweltschutz und er führte eine aus dem sozialdemokratischen Ideenhaushalt kommende Einkommenspolitik ein, um seine Wiederwahlchancen 1972 zu verbessern.

Es war die Wirtschaftspolitik Ronald Reagans, die Anfang der 1980er Jahre zu einer radikalen Abkehr von dem an einem moderaten Wohlfahrtsstaat orientierten wirtschaftspolitischen Konsensus der Nachkriegszeit führte. Nun herrschte der Neoliberalismus; die Gesetzgebung und Steuersenkungen kamen den Reichen zugute. Die Hoffnung, der sogenannte *trickle-down effect* würde den weniger gut Aufgestellten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und einer dynamischeren Wirtschaft helfen, erwies sich als Trugschluss. Reagan hatte keine Scheu, die Staatsverschuldung kräftig anzuheben. Eine enorme Erhöhung des Verteidigungshaushaltes sollte die internationale Position der USA gegenüber der Sowjetunion stärken. Außenpolitische Aktionen wie die Invasion Grenadas, Skandale wie die Iran-Contra-Affäre, und die Verhandlungen mit Michail Gorbatschow, die zu einer Verringerung der Rüstungsanstrengungen und schließlich zum Ende des Kalten Krieges führten, lenkten von Reagans konservativer Innenpolitik ab. Die Nation war sich bald einig: Präsident Reagan war einer der wichtigsten, wenn nicht gar besten Präsidenten der USA. Die großen Differenzen über die Innen- und Außenpolitik seiner ersten Amtszeit, die das Land tief gespalten und das Verhältnis zu den europäischen Alliierten tief zerrüttet hatten, wurden zumindest kurzfristig vergessen.

Die Polarisierung der USA und die Spaltung der Republikanischen Partei begann in den 1990er Jahren, als die USA nach dem Kalten Krieg ihren „unilateralen Moment“ auf der globalen Bühne genossen. Nachdem

die Angst vor einem Atomangriff der Sowjetunion über Nacht verschwunden war und der Golfkrieg 1991 mittels einer schnellen Militäroperation gewonnen wurde, schien es, als hätte das Land beschlossen, sich jetzt auf seine inneren Probleme zu konzentrieren. Angesichts der zunehmenden Frustration und Unzufriedenheit in der US-Gesellschaft und in der Republikanischen Partei war eine neue Generation Kongressabgeordneter überzeugt, dass eine erheblich härtere politische Haltung nötig sei, sollte die Partei wieder an die Macht kommen. Nur dann könne die viel zu liberale und unmoralische Clinton-Regierung ersetzt und eine neue, dauerhafte republikanische Mehrheit gewonnen werden, um zu den neoliberalen und steuerlich günstigen Jahren der Reagan-Zeit zurückzukehren. Dies machte es nötig, „Politik als Krieg“ zu sehen und alle Kompromisse mit den Demokraten abzulehnen, um auch der Parteibasis die Reinheit der neuen, unnachgiebigen republikanischen Positionen zu signalisieren. Ein erster Erfolg dieser Politik stellte sich mit dem Sieg der Republikaner bei den Kongresswahlen 1994 ein. Es gelang, beide Häuser des Kongresses zu gewinnen und der Clinton-Regierung durch Blockadepolitik das Regieren unmöglich zu machen. Dies ging als „Gingrich-Revolution“ in die Geschichtsbücher ein.

Der junge, strebsame Abgeordnete Newt Gingrich avancierte zum Sprecher des Repräsentantenhauses. Zusammen mit dem ebenfalls kompromissunwilligen republikanischen Majority Whip im Repräsentantenhaus, dem texanischen Abgeordneten Tom DeLay, begann die Republikanische Partei, auf einen Konfrontationskurs zu setzen. Die „Revolution von 1994“ hatte zudem eine große Anzahl rechtslastiger junger Republikaner als Abgeordnete in den Kongress gebracht. Diese immer radikalere Entwicklung gipfelte in der Tea-Party-Bewegung nach dem Wahlsieg Barack Obamas im November 2008.

„Kulturkrieg“ gegen Obama

Die Wahl von Obama zum ersten schwarzen Präsidenten der USA und das lang anhaltende wirtschaftliche Elend der Großen Rezession führten zu einem alles beherrschenden Kulturkrieg. Die politischen Differenzen im Kongress und im Land waren nicht mehr zu überbrücken. Schon damals war es Donald Trump, der immer wieder die Frage stellte, ob Obama wirklich auf US-amerikanischem Boden geboren worden war. Trump zweifelte offen die Legitimität Obamas als Präsident an und

unterstellte dem in Hawaii geborenen Politiker, er hege Sympathien für den Islam und habe möglicherweise eine größere Loyalität gegenüber den muslimischen Terroristen, die die USA am 11. September 2001 angegriffen hatten.

Der Mehrheitsführer des republikanischen Senats, Mitch McConnell, erwies sich als ebenso kompromisslos wie Gingrich und DeLay vor ihm. Indiz für McConnells obstruktive Haltung war seine Aussage, politisches Hauptziel sei, eine zweite Amtszeit Obamas zu verhindern. Damit scheiterte er. Nachdem die Demokratische Partei die Kongresswahlen 2010 verloren hatte und die Mehrheit in beiden Häusern an die Republikanische Partei abgeben musste, tat McConnell sein Bestes, um alle politischen Initiativen Obamas zu unterbinden. Dies führte zu völliger Lähmung des Kongresses und zu Obamas verzweifelterm Gebrauch von vielen *Executive Orders*, um zumindest einige seiner politischen Ziele zu verwirklichen, wie etwa seine Gesundheitsreform Obamacare.

Der vielleicht berüchtigtste und erfolgreichste Versuch, die Obama-Regierung zu untergraben, war die Weigerung der Senatsmehrheit, es dem Präsidenten in seinem letzten Amtsjahr zu ermöglichen, einen Richterposten am Obersten Gerichtshof zu besetzen. Der konservative Richter Antonin Scalia war Mitte Februar 2016 gestorben. Diese einzigartige Lage war zuletzt 1895 eingetreten. Präsident Cleveland gelang es damals, in seinem letzten Amtsjahr seinen Richterkandidaten gegenüber der republikanischen Senatsmehrheit durchzusetzen. Im Jahr 2016 war das nicht möglich. McConnell und die republikanische Senatsmehrheit weigerten sich, Anhörungen mit Obamas Kandidaten, dem angesehenen Richter Merrick Garland, durchzuführen. Dies hatte es noch nie gegeben und war ein verfassungsrechtlich höchst zweifelhaftes Vorgehen. Die Demokraten waren überzeugt, dass ihnen ein Sitz am Obersten Gerichtshof gestohlen wurde.

Im Wahlkampf 2016 nutzte Donald Trump die wirtschaftlichen Ängste und rassistischen Vorurteile vieler Wähler. Insbesondere in ländlichen Gegenden, in den „flyover“-Staaten des Mittleren Westens und den Staaten des sogenannten Rostgürtels, konnte er viele Wähler gewinnen. Unter den protestantischen Religionsgruppen, die überwiegend Trump unterstützten, war der vom neuen Präsidenten zu besetzende Sitz am Obersten Gerichtshof ein wichtiger Grund, ihn zu wählen. Nur ein radikal-konservativer Präsident, so glaubten sie, würde einen Richter benennen, der klarer Abtreibungsgegner war.

Als Donald Trump im Januar 2017 ins Weiße Haus einzog, waren die US-amerikanische Politik und Gesellschaft gespalten wie selten zuvor. Während des Wahlkampfes hatte Trump sein Bestes getan, um die Polarisierung der Gesellschaft weiter zu erhöhen und für sich auszunutzen. Er war aber nicht der Grund für diese Spaltung und die tiefe Identitätskrise der USA. Die Ursprünge liegen mindestens ein Vierteljahrhundert zurück. Die seit den 1990er Jahren zunehmende Radikalisierung der Republikanischen Partei hat sehr zum jetzigen traurigen Zustand der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft beigetragen. Der Niedergang der *Grand Old Party* hat die Präsidentschaft Donald Trumps erst möglich gemacht. 🌐

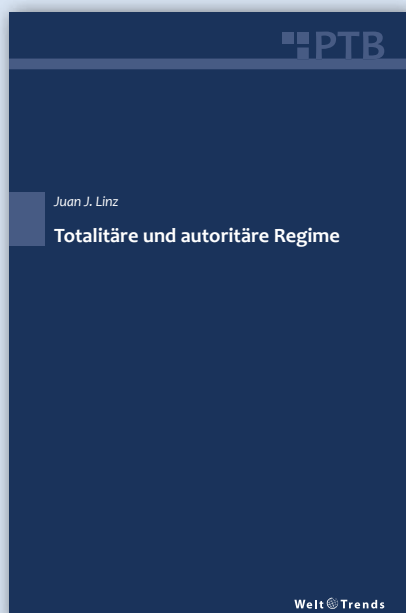
Dr. Klaus Larres

geb. 1958, Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen, University of North Carolina (UNC) at Chapel Hill, USA

larres@unc.edu.



ANZEIGE



Juan J. Linz

Totalitäre und autoritäre Regime

Das 21. Jahrhundert wird ein autoritäres. Die Mehrheit der politischen Systeme ist – obwohl sehr verschieden gestaltet – autoritär. Das gilt nicht nur für den globalen Süden, sondern auch für den Norden. Es ist ein globales Phänomen. Die Corona-Pandemie des Jahres 2020 hat dies noch verschärft.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte der spanische Politologe Juan Linz (1926–2013) sein Konzept zum Autoritarismus und bilanzierte damit das „Jahrhundert der Extreme“. Die Analyse der autoritären Tendenzen ist heute eine drängende intellektuelle Herausforderung. Dieser Klassiker der Politikwissenschaft ist dabei weiterhin von Nutzen.

WeltTrends, Potsdam 2019 | ISBN 978-3-947802-55-5 | 24,90 Euro